

Unbequem, herausfordernd und vielversprechend – ein agrarpolitischer (Dis-)Kurswechsel à la Ernährungssouveränität

Was wäre, wenn Millionen von Hunger und Armut betroffene Menschen im ländlichen Raum ihre Stimme für Ernährungssouveränität erheben, und kaum einer in Deutschland hört zu? Während in den letzten 10 Jahren immer mehr zivilgesellschaftliche Organisationen und soziale Bewegungen im Süden, aber auch zunehmend im Norden, eine Lanze für das Konzept der Ernährungssouveränität brechen, steckt die Debatte in Deutschland noch in den Kinderschuhen. Teilweise aus Unkenntnis, teilweise aufgrund von Missverständnissen, teilweise aufgrund fehlender politischer Debatte über z. T. berechnete kritische Anfragen. Von Aufbruchstimmung in der agrar- und entwicklungspolitischen Diskussion keine Spur.

Unbequem

Ernährungssouveränität – entwickelt 1996 als politisches Gegenkonzept zum gegenwärtigen neoliberalen Entwicklungsmodell in der Landwirtschaft – konfrontiert die Politik und die Menschen mit der Feststellung, dass die heutigen Politikantworten das Problem von Armut und Hunger in der Welt nicht lösen, sondern de facto sogar verschärfen. Die Zahl der chronisch unterernährten Menschen im Süden ist seit 1995/97 jährlich um 5 Mio. gestiegen (von 790 Mio. auf 815 Mio./2000-2002). Die Ursachen von Hunger und Armut sind zwar vielfältig, aber es ist offensichtlich, dass die Agrarhandelsliberalisierung, die Deregulierung und die exportfixierte Ausrichtung der Landwirtschaft negative Auswirkungen für bäuerliche Familien haben und ihre Existenzen gefährden bzw. zerstören. Ernährungssouveränität heißt deswegen hier, dass Länder und Völker das Recht haben müssen, den Handel einzuschränken, soweit dies für den Schutz von Kleinbauern, Fischern, Hirtenvölkern, indigenen Gemeinschaften etc. und die Förderung der einheimischen Nahrungsmittelversorgung erforderlich ist.

Herausfordernd

Auch wenn viele Schlüsselemente des Konzepts der Ernährungssouveränität bereits formuliert, die politischen Grundfesten für die nationale und internationale ländliche und landwirtschaftliche Politik festgelegt sind, so ist es doch kein „fertiges“ Konzept. Insofern lädt es zur Diskussion und Weiterentwicklung ein. Inhaltlich wird dabei im wesentlichen die Gewährleistung des Rechts auf Nahrung, der verbesserte Zugang zu produktiven Ressourcen, die Verbreitung einer lokalen, bäuerlichen, ökologisch nachhaltigen Landwirtschaft und die vorrangige Ausrichtung der Agrarpolitik auf die lokalen Märkte und deren Absicherung durch faire Handelsregeln verfolgt.

Ein Vorbehalt in Bezug auf Ernährungssouveränität beruht auf dem Umstand, dass dieses Konzept universal ist, d. h. für die bäuerliche Landwirtschaft in Nord und Süd gilt. Bedeutet es dann etwa, dass die EU ihre Märkte weiterhin abschotten darf? Nein, denn Ernährungssouveränität ist das Ergebnis eines gesellschaftlichen, demokratischen Diskussionsprozesses, der eine Partizipation aller wesentlichen Akteure voraussetzt und auf der Grundlage der weiter oben beschriebenen Leitplanken erfolgt. Dabei sollen die Verbraucherinteressen insbesondere

gewahrt werden. Verbraucher sollen mitentscheiden können, was sie konsumieren und wie und von wem es produziert wird. Damit wird der „konservativen“ Agrarlobby, aber auch der einseitigen Durchsetzung von Interessen des Agrobusiness (billige Rohstoffe, Gentechnik) deutliche Grenzen gesetzt. Gleichzeitig ist Ernährungssouveränität aber auch eine Absage an eine existenzgefährdende und auf Umweltausbeutung beruhende Niedrigpreispolitik und die zunehmende Weltmarktausrichtung der europäischen Landwirtschaft zulasten der bäuerlichen Landwirtschaft hierzulande.

Ebenso ist der Einwand nicht korrekt, dass Ernährungssouveränität als universales Konzept bedeutet, die Landwirtschaft in Nord und Süd gleichzustellen. Der unterschiedliche Entwicklungsstand ist offensichtlich, dies gilt z. T. aber auch innerhalb der Länder bzw. Regionen (z. B. Brasilien, Europa). Aber der neo-liberale agrarpolitische Mainstream verursacht die gleichen Probleme für die bäuerliche Landwirtschaft in Nord und Süd: häufig keine kostendeckenden Preise, Unterstützung der effizientesten Produzenten für den Export, Ausrichtung der Agrarpolitik an den Interessen des Agrobusiness, zunehmende Marktkonzentration im Lebensmittelbereich. Gleichzeitig erwächst aus dem Konzept der Ernährungssouveränität für die EU die Verpflichtung, der bäuerlichen Landwirtschaft in anderen Ländern keinen Schaden zuzufügen, d. h. Dumping zu unterlassen und die Marköffnung im Süden nicht über IWF, Weltbank, WTO und Freihandelsabkommen zu forcieren.

Vielversprechend

Ernährungssouveränität ist ein wichtiger Beitrag zur aktuellen Debatte, indem es den Blick auf die Perspektive von Hunger und Armut Betroffene lenkt. Die Suche nach den adäquaten Instrumenten zu ihrer Umsetzung erfordert eine breite Beteiligung und Unterstützung von Zivilgesellschaft, Wissenschaft und der Politik. Besser heute als morgen.

Die Autorin ist journalistisch und beratend im Bereich Welthandel & Welternährung tätig.

Eine umfassende Vorstellung des Konzepts:

Windfuhr, Michael und Jonsén, Jennie (2005):
Food Sovereignty. Towards Democracy in Localised Food Systems.
Herausgegeben von ITDG, UK